Reformmarathon gerade erst gestartet

Faire Lastenverteilung nötig. Dass sich im Gesundheitswesen einiges verändern muss, ist allgemeiner Konsens. Aber wie schnell sind Reformen umsetzbar? Und wohin führen sie? Diese Fragen haben Experten im HSK-Panel „Sozialstaat am Limit? Gelingt der Reformmarathon?“ diskutiert.

Autorin: Melanie Fügner

Der Titel des Panels machte schon deutlich, dass es um die Frage geht, wie viel Belastung der Sozialstaat aushält und ob es trotz leerer Kassen irgendwann Licht am Ende des Tunnels geben kann. Für Ungeduldige hatte Andreas Storm gleich zu Beginn eine schlechte Nachricht. „Wir sind im Reformmarathon gerade erst losgelaufen“, sagte der ehemalige CDU-Politiker und aktuelle Krankenkassenmanager der DAK-Gesundheit. Es sei noch ein langer Weg zu überwinden. Immerhin könne man mit den geplanten Reformen verhindern, dass der Sozialversicherungsbeitrag nicht auf 50 Prozent im Jahr 2035 ansteige, sondern nur auf voraussichtlich 47 Prozent. Auch äußerte Storm Kritik an den Reformbemühungen der aktuellen Bundesregierung: „Die gravierenden Finanzprobleme der GKV werden durch die Bundespolitik noch verschärft“, bemängelte er. Zudem verschlechtere sich die Stimmung im Land zusehends. „Was wir für die Akzeptanz in der Bevölkerung brauchen, ist eine als fair empfundene Lastenverteilung und eine langfristige Stabilisierung.“



„Wir müssen uns von dem ein oder anderen trennen“, sagte Ärztepräsident Dr. Klaus Reinhardt.

„Wir haben uns 30 Jahre um die Lösung dieses Problems gedrückt.“

„Was wollen wir uns leisten?“

Für den Präsidenten der Bundesärztekammer Dr. Klaus Reinhardt hat die heutige Misere eine lange Vorgeschichte: „Wir haben uns 30 Jahre um die Lösung des Problems gedrückt“, betonte er. Dass die Babyboomer bald in Rente gingen, sei erwartbar gewesen. Genauso die Tatsache, dass nicht genügend Menschen nachgewachsen sind, um die Kosten aufzufangen. Mit Blick auf eine Strukturreform sagte der Ärztepräsident: „Wir müssen uns auch von dem einen oder anderen trennen, das wir gewohnt sind.“ Anders sei das Notwendige nicht zu finanzieren.

Das gilt auch für die Rentenbezüge. Die Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund Gundula Roßbach stellte fest: „Wir zahlen unterdurchschnittlich in die Rentenversicherung ein und beziehen überdurchschnittliche Leistungen.“ Das könne nicht funktionieren. „Wir müssen uns fragen, was wollen wir uns leisten?“

Steuern auf gesundheitsschädliche Konsumgüter

Der scheidende Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) Prof. Josef Hecken gab erneut seinen bekannten Vorschlag zum Besten, wie sich leere Kassen füllen oder Kosten verhindern lassen: höhere Steuern auf gesundheitsschädigende Konsumgüter wie Tabak, Alkohol und Zucker. Das habe präventiven Charakter und komme dem System zugute. „Und das sage ich als überzeugter Raucher“, witzelte Hecken. ■